

IM KLARTEXT

INFORMATIONEN ZUR SOZIALEN MARKTWIRTSCHAFT

Die Ludwig-Erhard-Stiftung ist bei aller Entschiedenheit ihres Engagements für Freiheit und Verantwortung in Staat, Gesellschaft und Wirtschaft von Parteien und Verbänden unabhängig. Sie ist als gemeinnützige Vereinigung voll anerkannt.

Dezember 2010



Die Konjunktur 2011 könnte recht schön sein

Die Frage aller Fragen am Anfang eines jeden Jahres: „Wie wird die Konjunktur?“ Die Experten der Wirtschaftsforschungsinstitute weisen zwar immer wieder darauf hin, der „Wachstumspfad“ sei eigentlich die geeignete Größe für den Versuch einer guten Antwort auf die Frage: „Wie wird es uns in der absehbaren Zukunft wirtschaftlich gehen?“ Das ist richtig. Aber „die Konjunktur“ ist nun mal das Maß, an dem sich Kaufleute und Gewerkschaftler, Politiker, Laien und Profis orientieren.

Wie also wird die Konjunktur im neuen Jahr? Die Leser der Zeitungen und der Wirtschaftsjournalen erwarten, dass ihnen die Antwort in einer Jahreszahl präsentiert wird: „X Prozent Wachstum“. Dieser Wunsch ist berechtigt. Prognosen nicht nur aus dem Bereich der Wirtschaft wollen nicht als Anleitung zum Selberrechnen, sondern als verlässliche Schätzung der Experten gelesen werden.

In diesem Jahr steckte in einer angeblich „sicheren Vorhersage“ aber doch ein gehöriges Stück „Mut zur Lücke“. Eine der großen, auch für die Fachleute schwer einzuschätzenden Bestimmungsgrößen der Konjunktur und der Wachstumsrate ist die Stabilität – oder die Labilität – der Eurozone. Die Vorgänge um den Euro lassen sich aus den Konjunktur- und Wachstumsschätzungen aber nicht heraushalten. Ob die Eurozone in ihrem Finanzgerüst wankt oder nicht, ob Staaten sich für zahlungsunfähig erklären müssen oder nicht, ob die Europäische Zentralbank dem Ansinnen nachgibt, riesige Löcher in den Staatshaushalten mit „frischem Geld“ zu stopfen oder nicht: Daran entscheidet sich, ob die Konjunktur stabil ist und mit welcher – realen – Rate die Wirtschaften der Eurozone wachsen.

Die Forscher, die die Wirtschaftsströme messen, mögen Recht haben: Eigentlich könnte die Konjunktur 2011 den Europäern ein respektables Jahreswachstum bescheren. Aber die Wirtschaftsforscher warnen – ebenfalls zurecht – davor, die Prognose nicht ohne Blick auf den Euro zu lesen.

Hans D. Barbier

Süße Weihnacht

Rund 147 Millionen Schoko-Weihnachtsmänner und -Nikoläuse haben im Spätsommer die Fließbänder der deutschen Süßwarenhersteller verlassen. Das hat der Bundesverband der Deutschen Süßwarenindustrie von seinen Mitgliedern erfahren. Etwa 108 Millionen Schokofiguren wurden an den deutschen Lebensmittelhandel geliefert. Rund 39 Millionen Schoko-Weihnachtsmänner gingen in den Export, und das nicht nur in europäische Nachbarländer, sondern auch nach Australien, Japan und Südafrika sowie in die USA. Auch Adventskalender, Lebkuchen und Spekulatius sind als traditionelle Leckereien gefragt. 2009 wurden damit rund 529 Millionen Euro umgesetzt; die Hersteller erwarten im laufenden Weihnachtsgeschäft einen ähnlichen Umsatz.

www.bdsi.de/de/presse/news/pm_2010_045.html

Des Deutschen liebstes Kind?

Im November 2010 stiegen die Neuzulassungen von Personenkraftwagen (Pkw) in Deutschland um rund zwei Prozent zum Vormonat auf rund 262 000 Fahrzeuge. Allerdings waren nur 40 Prozent davon Autos zur privaten Nutzung; seit Längerem überwiegen Dienst- und Firmenwagen in den Zulassungen.

Im Vergleich zum Vorjahresmonat sanken die Neuzu-

Pkw-Neuzulassungen

Privat- und Dienstfahrzeuge, jeweils November



Quelle: Kraftfahrtbundesamt

lassungen um gut sechs Prozent. In der Pressemitteilung Nr. 28/2010 des Kraftfahrtbundesamtes ist ebenso zu lesen, dass in den vergangenen elf Monaten 2,69 Millionen Pkw neu in den Straßenverkehr gebracht wurden. Die Jahresbilanz 2010 wird voraussichtlich mit 2,9 Millionen Pkw abschließen. Auffällig in den Statistiken der vergangenen Jahre: Der Automarkt für private Pkw-Halter stagniert; lediglich die Abwrackprämie sorgte im vergangenen Jahr vorübergehend für mehr „Dynamik“ im Autohandel.

www.kba.de/clin_016/

Stresstest unter Teststress

Die Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union hatten Mitte Juni 2010 beschlossen, die Ergebnisse der durchgeführten EU-weiten Banken-Stresstests zu veröf-

fentlichen. Geprüft wurde, ob die Banken ausreichende Kapitalpuffer haben, sollte sich die Lage der Wirtschaft deutlich verschlechtern und/oder die Finanzmärkte erneut ins Rutschen geraten. Die Bankenaufscher untersuchten unter anderem die sogenannte Kernkapitalquote der Banken; die Kennziffer besagt, inwieweit Risikopositionen einer Bank durch eigene Mittel gedeckt sind. Bestanden hatten alle Banken, deren Kernkapitalquote im strengen Stress-Szenario sechs Prozent überstieg.

91 Geldinstitute aus 20 EU-Ländern wurden dem Test unterzogen. Insgesamt fielen sieben der 91 überprüften Banken durch: fünf Banken aus Spanien, eine Bank aus Griechenland sowie die notverstaatlichte deutsche Hypo Real Estate. Finanzmarktaufscher und Politiker quer durch Europa erklärten die Bankenkrise daraufhin für beendet.

Doch kein halbes Jahr später staunt der Laie, und der Fachmann wundert sich: Wie kann es sein, dass Irland plötzlich für seine Banken astronomische Summen benötigt und den europäischen Rettungsfonds in Anspruch nehmen muss? Warum ist sechs Monate nach den Tests zu lesen, dass die Deutsche Bundesbank Zeitbomben in Bankbilanzen entdeckt? Wieso bringt die EU-Kommission nun plötzlich sogar die Verdoppelung des Europäischen Rettungsschirms in die Diskussion? Fragen über Fragen, und – wie schon öfter beim Thema Finanz- und Eurokrise – keine klaren Antworten von Bankenaufsicht, Politik und Bankern.

www.c-eps.org/EuWideStressTesting.aspx

Abgerechnet wird zum Schluss

Die Im-Klartext-Redaktion wertet jeweils monatlich, wie die Entwicklung bei den drei Grundzielen einer Sozialen Marktwirtschaft – Vollbeschäftigung, Eigenverantwortung und Geldwertstabilität – verlaufen ist. Wenig überraschend im Jahr eins nach der weltweiten Banken- und Finanzkrise: Negativeinschätzungen überwiegen die Jahresbilanz.

Im laufenden Jahr gab es insgesamt zehn positive Wertungen. In sechs Fällen wurde sowohl positiv als auch negativ gewertet. Die Negativwertungen summierten sich auf 20.

Vollbeschäftigung: Erholung in Sicht?

Drei Mal „Plus“, zwei Mal „Plus/Minus“, sieben Mal „Minus“: Die positiven Wertungen für die Rubrik „Vollbeschäftigung“ hielten sich in Grenzen. Zwar hat die offiziell gemeldete Arbeitslosigkeit abgenommen. Im Januar 2010 zählte die Bundesagentur für Arbeit (BA) rund 3,7 Millionen Menschen ohne Arbeit. Die im November 2010 erhobenen Daten wiesen dagegen „nur noch“ 2,9 Millionen Arbeitslose aus. Allerdings basierte die günstige Entwicklung zu einem Teil auf statistischen Effekten, und insbesondere bei den Langzeitarbeitslosen und jungen Erwachsenen bis 25 Jahre fiel die Arbeitsmarktbilanz im Jahresverlauf weniger erfreulich aus.

Die Behauptung der Bundesregierung, eine Arbeitslosenzahl von unter drei Millionen sei ein großer Erfolg und Vollbeschäftigung in nicht mehr allzu weiter Ferne, ist gewagt. Ob 3,1 oder 2,9 Millionen Menschen – und dann ebenfalls betroffen: ihre Familien – ohne geregelte Arbeit leben

müssen, ist kein allzu großer Unterschied.

„Vater Staat“ sorgt für Unsicherheiten

Fünf Mal negativ, drei Mal unentschieden und immerhin vier Mal „Plus“: Die Rubrik „Eigenverantwortung“ hat in diesem Jahr die wenigsten negativen Wertungen erhalten. Trotz größerer Gefahren für private Haushalte, zahlungsunfähig zu werden, achteten die Menschen verstärkt auf sichere Geldanlagen, insbesondere für die Altersvorsorge.

Eine unentschiedene Wertung gab es, weil trotz Vorsicht bei der Geldanlage das Wirtschaftswissen hinten an bleibt: Finanzthemen sind für zwei Drittel der Bevölkerung uninteressant, sie „schalten ab“. Das zweite „Unentschieden“: Vertraut man den Verlautbarungen der Wirtschaftsauskunfteien, dann stiegen zwar die Schulden privater Haushalte, aber die Zahlungsmoral verbesserte sich. Die negativen Einschätzungen im Jahresverlauf ergaben sich aus politisch verursachten Unsicherheiten für die Bürger.

Schleichender Kaufkraftverlust

Drei positive, acht negative und eine unentschiedene Wertung, das waren die zwölf Beurteilungen des Jahres in der Rubrik „Geldwertstabi-

lität“. Dabei fasst die Redaktion den Begriff weit: In der reinen Ökonomie bedeutet Inflation, dass pro Euro weniger gekauft werden kann, weil die Preise steigen. Kaufkraft schwindet aber auch, wenn Preise zwar stabil bleiben, Einkommen und Ersparnisse aber durch Vater Staat gemindert werden oder wenn Finanzinstitutionen wie Banken und Versicherungen das Angesparte durch unsichere Investments aufs Spiel setzen. Eine erhöhte Jahresteuern, schrumpfende Reallöhne, sinkende Euro-Kaufkraft, ein ausgabefreudiger Staat – das und anderes mehr hat dazu geführt, dass die negativen Einschätzungen überwiegen.

Alles in allem: 2010 war neuerlich kein gutes Jahr für die Soziale Marktwirtschaft. Die Lage auf dem Arbeitsmarkt bleibt fragil, Ersparnis und Verdientes verlieren an Kaufkraft, und der Staat sorgt weiterhin für Verunsicherung bei den Bürgern.

Viel zu tun für die Politik

Bundeskanzlerin Angela Merkel sieht das etwas anders: Zum ersten Geburtstag ihrer CDU/CSU-FDP-Regierungskoalition vor wenigen Wochen sah sie Deutschland gut aufgestellt für eine dauerhafte wirtschaftliche Erholung. Angesichts beachtlicher Wachstumsraten und so vieler Er-



„Es ist in unser aller Interesse, dass der Glaube der Menschen in das Modell der Sozialen Marktwirtschaft wieder zunimmt.“

Angela Merkel

werbstätigen wie nie zuvor blicke sie zuversichtlich in die Zukunft.

Zweifelsohne hat die von ihr seit einem Jahr geführte Koalitionsregierung einiges geleistet und sich um das Wohl des Landes gesorgt. Kaum im Amt, machte sich die Regierungskoalition ans Werk und setzte einige Versprechen aus dem Koalitionsvertrag mithilfe des Wachstumsbeschleunigungsgesetzes um, Stichworte: höherer Kinderfreibetrag/höheres Kindergeld; sinkender Mehrwertsteuersatz für Hotel- und Gastronomiebetriebe; Entschärfung der Verlust- und Zinsabzugsbeschränkungen sowohl für international aufgestellte Konzerne als auch für mittelständische Unternehmen; Erhöhung des Freibetrags beim Schonvermögen für Arbeitslosengeld-II-Bezieher (Hartz IV) auf 750 Euro pro Lebensjahr, wenn das Ersparnis der Altersvorsorge dient.

Ziel sollte sein, die Konjunktur anzukurbeln. Insgesamt wurden Familien und Unternehmen um rund acht Milliarden Euro entlastet. Das Gesetz geriet dennoch in die Kritik, vor allem wegen des auf sieben Prozent gesenkten Mehrwertsteuersatzes speziell für Hotellers. Statt wie versprochen das Steuerrecht zu vereinfachen, gab es eine neue, milliardenschwere Subvention, die zugleich eine weitere Ausnahme im längst unübersichtlich gewordenen Mehrwertsteuerrecht bedeutet.

Steuerreform? Welche Steuerreform?

Nicht erst seitdem warten die Bürger auf eine Reform, die

das Steuersystem vereinfacht, von einer Steuerentlastung für alle ganz abgesehen. Immerhin hieß es vor der Bundestagswahl noch „Mehr Netto vom Brutto“. Doch längst geht die Politik in die andere Richtung: Anstelle der Entlastung schraubt die Regierung 2011 beispielsweise die Beiträge zur Krankenversicherung nach oben. Unterm Strich werden über 50 Millionen zahlende Mitglieder gesetzlicher Krankenkassen im nächsten Jahr nicht mehr, sondern weniger Netto in der Tasche haben.

Überhaupt Steuern und Abgaben: Für einen Zeitraum von fünf Jahren, beginnend mit dem 1. Mai 2011 (und ab 2012 bis 2015 jeweils zum 1. Januar) sind regelmäßige, „optimierende Tabaksteuererhöhungen für Zigaretten und Feinschnitt“ vorgesehen. Bei der Steuererhöhung handele es sich um eine rein fiskalische Angelegenheit, die mit Gesundheitsschutz nichts zu tun habe, so war aus den Reihen der FDP-Bundestagsfraktion zu hören.

Die Bundesregierung rechnet mit Mehreinnahmen von 200 Millionen Euro im kommenden Jahr, die bis 2015 auf eine Milliarde Euro pro Jahr steigen sollen. Damit soll der Verzicht auf die im „Sparpaket“ ursprünglich vorgesehene Aufhebung der Steuerermäßigungen für energieintensive Betriebe gegenfinanziert werden.

Ad-hoc-Politik statt Leitbild

Im Verlauf der letzten zwölf Monate zeigte sich: Auch die aktuelle Regierungskoalition

setzt auf Ad-hoc-Politik. Sie versucht inzwischen, die immensen Staatsgarantien und -bürgschaften, die für Bankrettung und Euro-Stabilisierung gewährt wurden, durch neue Abgaben und Steuern wieder hereinzuholen. Atomkraftwerke dürfen länger laufen, dafür müssen sie aber in den Jahren 2011 bis 2016 einen Beitrag zur Haushaltskonsolidierung über eine „Kernbrennstoffsteuer“ leisten. Mit der Luftverkehrssteuer – sie gilt ausschließlich für gewerbliche Passagierflüge – will die Bundesregierung nach eigenen Angaben nicht nur Geld einnehmen, sondern auch einen ökologischen Anreiz setzen. Hervorgehoben wird, dass sich das geplante Entlastungsvolumen für den Bundeshaushalt auf eine Milliarde Euro jährlich, bis 2014 auf vier Milliarden Euro belaufen werde.

Außerdem soll künftig gespart werden, was im Verständnis der Regierenden bedeutet, dass im kommenden Jahr ein paar Milliarden Euro weniger neue Schulden gemacht werden als noch vor sechs, sieben Monaten berechnet: Statt der damals geplanten 57 Milliarden Euro sollen es 2011 „nur“ 48 Milliarden sein.

Dabei können jederzeit neue Haushaltslöcher auftauchen, zum Beispiel, wenn die Euro-Rettung – nach Griechenland und Irland – auf weitere gefährdete Staaten ausgeweitet werden muss. Was geschehen wird, wenn die von der Regierung prognostizierten Mehreinnahmen nicht reichen, oder wenn Betroffene anders reagieren als

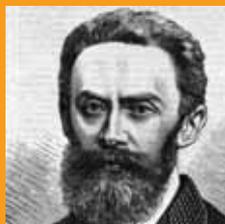
erwartet – Fluggesellschaften erwägen zum Beispiel die Verlagerung ihrer Geschäfte in Nachbarländer –, ist völlig offen.

Gesucht: Eine konsistente Konzeption

Summa summarum: Nach gut einem Jahr Regierungszeit von Union und FDP hat Deutschland nach wie vor zahlreiche Probleme, die von der Politik – sicherlich durch eine gut gemeinte Wirtschafts- und Sozialpolitik – herbeigeführt werden und wurden. Wie sinnvoll ist es, auf ausgetretenen Pfaden weiterzugehen? Auf den eingeschlagenen ist jedenfalls dauerhaft kein stolper- und unfallfreies Fortkommen möglich. Mit dieser Erkenntnis wäre es nur konsequent, einen grundlegenden Wechsel der wirtschaftspolitischen Konzeption in die Wege zu leiten.

Dazu müssten Politik und Bürger von der seit Jahrzehnten vorherrschenden Vorstellung abgehen, wonach der Staat die Hauptverantwortung für die Wirtschaft trägt. Alle Beteiligten müssten erkennen, dass es keine Staatsaufgabe ist, Unternehmen zu retten, die Wirtschaft zu umsorgen oder Hindernisse fortzuräumen. Ludwig Erhard hat vor Jahr und Tag festgestellt, dass sich eine Planwirtschaft, die auf sozialistische Überzeugungen setzt, kaum von einer Wirtschaft unterscheidet, bei der der Staat Bürger und Unternehmen umfassend betreut: Beide Formen des Kollektivismus wirken verhängnisvoll.

Andreas Schirmer



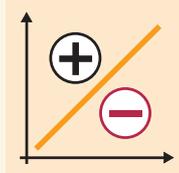
„Ein Dutzend Fabrikanten bringt es bei einiger Geschicklichkeit nicht selten fertig, dass ein Volksvertreter ihnen gegenüber in Meinungsabhängigkeit gerät; gleicherweise eignen sich sogenannte Sachverständigenkollegien ihrer Natur nach viel mehr dazu, die großen Interessen einer konzentrierten Minderheit als diejenigen der ihrer Vorteile viel weniger kundigen Gesamtheit zum Ausdruck zu bringen.“

Ludwig Bamberger (1823 - 1899)

IM KLARTEXT

Dezember 2010

INDEX



Die Soziale Marktwirtschaft im Dezember 2010

Ludwig Erhard hat mit der Sozialen Marktwirtschaft eine Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung realisiert, in der jeder die Chance hat, seine Lebensumstände in eigener Verantwortung zu gestalten. Wie es um die Soziale Marktwirtschaft heute steht, lässt sich nicht mit wenigen Worten sagen. Die Ludwig-Erhard-Stiftung möchte dennoch eine komprimierte Beurteilung vornehmen. Sie beleuchtet Monat für Monat einen besonderen Aspekt der Grundziele, die sich aus dem Leitbild der Sozialen Marktwirtschaft ergeben: Vollbeschäftigung, Geldwertstabilität und Eigenverantwortung.

Vollbeschäftigung

Mit knapp 2,9 Millionen Arbeitslosen zählte die Bundesagentur für Arbeit im November 2010 rund 284 000 Menschen weniger ohne Arbeit als im Vorjahr; allerdings stagnieren in den letzten vier Monaten sowohl Beschäftigungsaufbau als auch Abbau der Arbeitslosigkeit.

Gegenüber dem Vorjahr hat sich zudem die Zahl derer, die länger als zwölf Monate ohne Arbeit waren – sie gelten damit als Langzeitarbeitslose – zwar um 18 000 auf 890 000

verringert. Aber ihr Anteil an allen Arbeitslosen erhöhte sich seit Jahresbeginn: Im Januar betrug er 29 Prozent, im November waren es dagegen 33,3 Prozent aller Arbeitslosen. Betrachtet man die Jahresdurchschnitte, dann ist die Zahl der Langzeitarbeitslosen gegenüber dem Vorjahr sogar gewachsen.

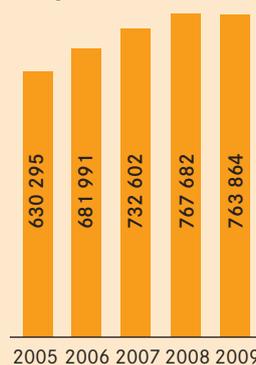
Eigenverantwortung

Die „Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung“ kann bei Bedürftigkeit von 18- bis 64-jährigen Personen, die dauerhaft voll erwerbsgemindert sind, sowie von Personen im Rentenalter ab 65 Jahren in Anspruch genommen werden. Vor Kurzem hat das Statistische Bundesamt mitgeteilt: Weil die „normalen“ Renten nicht ausreichen, erhielten 2009 knapp 764 000 Personen die Grundsicherung. Diese soziale Leistung wurde 2003 eingeführt, damit Menschen im Rentenalter oder mit Erwerbsminderung nicht mehr auf die bis dato übliche Sozialhilfe angewiesen waren.

Im Jahr 2009 gaben Kommunen und Länder rund 3,9

Grundsicherung

Empfänger gemäß Sozialgesetzbuch XII



Quelle: Statistisches Bundesamt

Milliarden Euro für Leistungen der Grundsicherung aus. Im Vergleich zu 2008 sind die Ausgaben um 6,7 Prozent gestiegen. Seit Einführung der Leistung haben sie sich verdreifacht (2003: 1,3 Milliarden Euro). In den kommenden Jahren dürften die Ausgaben weiter steigen: Dann kommen allmählich Jahrgänge ins Rentenalter, die geringere Rentenansprüche haben und kaum eigene Vorsorge treffen konnten.

Geldwertstabilität

Am 1. Januar 2011 wird der Euro als Bargeld neun Jahre alt.

Einer aktuellen Umfrage für die ARD zufolge haben die Deutschen die europäische Währung in den vergangenen Jahren wenig lieb gewonnen: Aktuell sind 57 Prozent der Meinung, die Bundesrepublik hätte besser die D-Mark behalten. Nur jeder dritte Bürger glaubt, dass der Euro von Vorteil sei, knapp zwei Drittel sehen eher Nachteile.

Es steht zu befürchten, dass die Euro-Krise samt der ungeschickten Politiker-PR – Stichwort: Rettung um jeden Preis – die Zuneigung kaum steigern wird. Sollte sich der Eindruck verfestigen, dass nach jeder Schuldenkrise in Europa die deutschen Steuerzahler als Euro-Retter einspringen, dann wird fraglich, ob sich die Deutschen je als Euro-Profiteure sehen.

Langzeitarbeitslose

Jahresdurchschnitte; 2010: Januar bis November



Quelle: Statistisches Bundesamt

Ungeliebter Euro

„Der Euro bringt für Sie ...“
Angaben in Prozent

eher Nachteile	60
eher Vorteile	32
beides	3
weder noch	3

Quelle: infratest dimap

Impressum:

Herausgeber: Ludwig-Erhard-Stiftung · Johanniterstraße 8 · 53113 Bonn

Telefon 0228 / 5 39 88-0 · Telefax 0228 / 5 39 88-49

Redaktion: Andreas Schirmer · Fotos: CDU (innen); picture alliance/akg-images

Druck und Herstellung: Druckerei Gerhards GmbH, Bonn-Beuel

erscheint monatlich · www.ludwig-erhard-stiftung.de

Ludwig Erhard